

Würzburg/Schweinfurt Mit jedem Tag schwindet für 600 krebserkrankte Radar-Opfer die Hoffnung. Verteidigungsminister Rudolf Scharping versprach eine großzügige Lösung für ihre finanziellen Forderungen. Doch an diesem Freitag verstreicht die Frist der Opfer-Anwälte ohne Einigung.

*Krebserkrankung als Folge ungenügend gesicherter Militärtechnik*

Als Richard Appel aus Schweinfurt "zum Bund" kam, war er nach Auskunft seines Bruders kerngesund. Appel wurde in Goslar zum Luftraumbeobachter ausgebildet, saß praktisch ständig am Radar. Dass er bereits nach einigen Monaten still und erschöpft wirkte, fiel zunächst nur seiner Mutter auf, als er sie an Weihnachten besuchte.



**Ein Offizier überwacht per Radargerät den Lufraum**  
Foto dpa

Als der 21-Jährige im Juli entlassen wurde, wirkte er auch auf seine Brüder müde und blass. Vier Monate später, am 23. November war Richard Appel tot, gestorben an Leukämie. Selbst bei einer Blutspende kurz vor seiner Entlassung war nichts von einer Erkrankung aufgefallen. "Nennen Sie es Schicksal," hatte der Chefarzt seine Mutter zu trösten versucht.

Drei Jahrzehnte später hält es die Familie für denkbar, dass nicht das Schicksal, sondern die krebserzeugende Abstrahlung des ungenügend abgesicherten Radars die Ursache gewesen sei könnte. Familie Appel ist nicht allein mit dieser Meinung. Auch Ernst Bäuerlein aus einem Vorort von Würzburg leidet heute an Leukämie. Er war Bordmechaniker beim Jagdbomber-Geschwader in Memmingen.

Bei Hans-Dieter Strunz aus Rottendorf (Lkr. Würzburg) sind die gesundheitlichen Folgen ebenso gravierend: 1995 stellten Ärzte der Würzburger Uni-Klinik bei dem damals 52-Jährigen einen bösartigen Tumor im Hals fest. An den Folgen leidet er bis

heute.

Für Strunz ist die Rechtslage noch komplizierter: Zwölf Jahre lang wartete der Techniker als ziviler Angestellter die Radaranlagen bei der US-Armee auf den Flugplätzen Kitzingen und Giebelstadt. Dank seiner Arbeit konnten auch prominente Würzburg-Besucher wie der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl in Giebelstadt sicher landen. Strunz zeigt eine Skizze und sagt: "Wenn Sie sich meinen früheren Arbeitsplatz anschauen, sehen Sie ganz genau, dass die radioaktive Röhre im Schrank der Elektronik auf den Millimeter genau da sitzt, wo in meinem Hals der Tumor entstanden ist", erklärt er.

Deshalb klagt er derzeit mit Unterstützung des VdK beim Sozialgericht in Würzburg, der Ausgang ist ungewiss: Zwar hat im März ein früherer Radar-Techniker der Bundeswehr vor dem Verwaltungsgericht Schleswig recht bekommen (Aktenzeichen 11 A 12/96). Doch die Äußerungen des Würzburger Richters lassen darauf schließen, dass er das Urteil nicht für übertragbar hält.

"Mein Leben ist für mich nur noch eine Tortur"

Hans-Dieter Strunz Früherer Radar-Techniker

Mit 400 bis 1000 solcher Fälle aus den 60er und 70er Jahren rechnet selbst das Bundesverteidigungsministerium, das eine mangelhafte Absicherung in jener Zeit eingeräumt hat. Überdeutlich spricht beispielsweise eine Studie der Uni Witten/Herdecke von erhöhtem Krebsrisiko für das Radarpersonal. In der Berliner Kanzlei der Anwälte Remo Klinger und Reiner Geulen hat sich die Anzahl der Mandanten seit Jahresbeginn auf etwa 600 vervierfacht. Als Schmerzensgeld sind bis zu 600 000 Mark (306 775 Euro) für Krebserkrankungen und bis zu eine Million Mark für genetische Schäden im Gespräch. Die Soldaten und Zivilangestellten seien pro Stunde einer 20 Mal höheren Strahlendosis ausgesetzt gewesen als heute im ganzen Jahr zulässig sei, sagt Reiner Geulen. Abgesehen von der Atomkatastrophe von Tschernobyl und dem Atombombenabwurf auf Hiroshima sei dies "eine nie da gewesene Strahlenexposition".

Geulen hat dem Verteidigungsminister nach eigenen Angaben einen Bericht über die Verstrahlung von 540 Soldaten und Technikern von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee übergeben. Darin sind Berufstätigkeit und Krankengeschichte der Strahlenopfer dokumentiert. 458 von ihnen seien an Krebs erkrankt, 141 gestorben.

Verteidigungsminister Rudolf Scharping versprach den Opfern zwar im Juni eine schnelle Lösung. Er will sich aber von den Anwälten nicht unter Druck setzen lassen: "Ich finde es erstaunlich, dass manchmal sogar von Rechtsanwälten erwartet wird, dass ich höchstrichterliche Urteile außer Kraft setze oder sogar Gesetze missachte. Das wird nicht geschehen."

"Es ist eine Schande, dass ich die gute Landung des Herrn Bundeskanzlers und vieler anderer mit meiner Gesundheit bezahlt habe", schreibt dagegen Hans-Dieter Strunz nach Operation und mehr als 30 Bestrahlungen: "Mein Leben ist für mich nur noch eine Tortur, voller psychischer und physischer Schmerzen, Verzweiflung und Angst."

Weitere Artikel:

- [Radaranlagen unter der Lupe](#)
- [Kein rein deutscher Sachverhalt](#)
- [Thema intern](#)



### *Hardthöhe forscht nach*

Berlin (MAS) Verteidigungsminister Rudolf Scharping will sich beim Thema "Radar-Opfer" nicht von Anwälten zu vorschnellen Handlungen drängen lassen, die nicht gesetzlich abgedeckt sind. Doch heißt das nicht, dass das Ministerium bei dem Thema die Hände in den Schoß legt.

Ein Sonderbeauftragter "Radar" soll jetzt alle Maßnahmen im Ministerium koordinieren. Am 22. Juni 2001 wurde die Abteilung Wehrverwaltung angewiesen, eine Arbeitsgruppe "Aufklärung der Arbeitsplatzverhältnisse Radar" bei der Strahlenmessstelle Nord in Munster einzurichten. Die Gruppe soll die Arbeitsbedingungen an Radaranlagen der Bundeswehr in den sechziger und siebziger Jahren ermitteln, dokumentieren und versuchen, Fallgruppen zur Standardisierung der zum Teil vier Jahrzehnte zurückliegenden Vorgänge zu bilden. Dies soll Betroffenen helfen, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Seit 2. Juli 2001 ist in der Wehrverwaltung eine "Task Force" zusammengestellt. Sie besteht aus erfahrenen Referenten und Sachbearbeitern, die sich ausschließlich mit der Bearbeitung von Radar-Schadensfällen befassen. Außerdem wurde das Institut für Wehrmedizinastatistik und Berichtswesen in Remagen um einen Sozialmediziner und Betriebsarzt sowie zwei Sanitätsoffiziere verstärkt. Mit ihnen und der Unterstützung externer Fachleute will man die bisher gestellten Anträge auf Wehrdienstbeschädigung bis zum Jahresende 2001 gesichtet haben, um einen Überblick zu bekommen.



*Anwalt bereitet Klage für Radar-Opfer vor*

Verteidigungsminister Rudolf Scharping versprach im Juni, schnell eine Lösung für die Radar-Opfer zu finden. Rechtsvertreter der Opfer wie der Berliner Anwalt Remo Klinger haben Scharping dafür eine Frist bis 28. September eingeräumt.

Frage: Gibt es eine Einigung oder ziehen Sie vor Gericht?

remo Klinger: Bisher haben wir nichts konkretes gehört. Wenn nicht noch eine Erklärung in den nächsten Tagen bei uns eintrifft, wie man sich verhalten möchte, werden wir mit der Vereinigung der Radaropfer ab nächster Woche die Klagen vorbereiten und einreichen.

Sie vertreten auch mögliche Strahlengeschädigte aus der ehemaligen Nationalen Volksarmee. Haben sie Aussicht auf finanzielle Hilfe?

klinger: Das Ministerium schrieb uns, bei NVA-Soldaten wolle man nicht einmal dem Grunde nach Schadensersatz und Schmerzensgeld zahlen - mit der für uns nicht nachvollziehbaren Begründung: Wir haben zwar die NVA übernommen, aber für Verbindlichkeiten der NVA haften wir überhaupt nicht. Das berührt ganz grundsätzliche Fragen des Einigungsvertrages und des Grundgesetzes. In dem Bereich wird eine Klage überhaupt nicht abzuwenden sein.

Wie stehen die Chancen für deutsche Zivilangestellte, die bei den US-Streitkräften Radargeräte gewartet und repariert haben?

klinger: Den Fall hatten wir noch nicht. Aber es war und ist kein rein deutscher Sachverhalt, wie wir auch aus England wissen. Wir vertreten auch griechische und holländische Betroffene. Natürlich sind die gleichen Geräte überall in der Nato verwandt worden. Wir wissen auch von Berichten über das Problem in Polen und Israel.

Wie weit sind Sie mit der Klage gegen die Hersteller der Radargeräte vor US-Gerichten?

klinger: In den letzten zwei Wochen hatten unsere New Yorker Partner-Anwälte in Manhattan natürlich andere Dinge zu tun. Aber nun werden die Klagen weiter vorbereitet.

**Von unserem Redaktionsmitglied Manfred Schweidler**



S-

elbst wenn die Bundeswehr derzeit den Blick besorgt in die Zukunft richtet, dürfen die Sünden der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten: In den 60er und 70er Jahren arbeiteten Tausende von Soldaten und Zivilangestellten an ungenügend abgeschirmten Radaranlagen. Die Abstrahlung könnte bei vielen von ihnen Jahre später zu Krebserkrankungen geführt haben. Ob und wie diese Radar-Opfer finanziell entschädigt werden können, steht angesichts leerer Kassen und kostspieliger künftiger Bundeswehr-Einsätze allerdings nach wie vor nicht fest.



Artikel ausdrucken



Artikel versenden

---